61. Jahrgang. № 269. Sonntag, 30. September 1917.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241.
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Lobeck & Co. 16 mal prämiiert Firma gegründet 1838 Königl. Sächs. Hoflieferanten.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugs-Gebühr vierteljährlich in Dresden und Vororten bei zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) sowie bei einmaliger Zustellung durch die Post (ohne Bestellgeld) 3.60 M. monatlich 1.20 M. | Anzeigen-Preise. Die einspaltige Zeile (etwa 8 Silben) 25 Pf., Vorzugsplätze u. Anzeigen in Nummern nach Sonn- u. Feiertagen lt. Tarif. 20% Teuerungszuschlag. — Ausw. Aufträge geg. Vorausbezahl. — Belegbl. 10 Pf.
Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

KIOS CIGARETTEN — TRUSTFREI —

Fürsten	St. 5 Pf.
Welt-Macht	6
Auto-Klub	7½
Rivièra	10
Rëro-Klub	12

Kostüme Blachstein
Wilsdruffer Straße 18, Alaunstraße 1, Kesselsdorfer Straße 5

Pilze der Heimat
Lichtbilder-Vortrag mit 67 hochfein gemalten Naturaufnahm. von Pilzen
Text v. Lehrer Emil Herrmann, Leihgeb. M. 10, Druckschrift kostenl.
Carl Plaul, Königl. und Prinzl. Hoflieferant Dresden-A., Wallstr. 25

Lederwaren · Reise-Artikel Weitgehendste Auswahl in Gebrauchs- und Luxus-Lederwaren. Versand nach auswärts. Adolf Näter Größtes Lederwaren-Spezialgeschäft 26 Prager Strasse 26.

Ein Torpedoboot-Gefecht an der flandrischen Küste.

Neue Unterseebootserfolge. — Deutscher Vorstoß gegen den Finnischen Meerbusen. — Wiederaufleben der Kämpfe am Monte San Gabriele. — Italienischer Fliegerangriff auf ein österreichisch-ungarisches Spitalschiff. — Angebliche Enthüllungen Roosevelts.

Der deutsche Abendbericht.

Berlin, 29. Sept., abends. (Amtlich. W. T. B.)

Bisher sind größere Kampfhandlungen von keiner Front gemeldet.

Amtlicher deutscher Admiralstabsbericht.

Berlin, 29. Sept. (Amtlich.)

1. Am 28. September früh stießen einige unserer Torpedoboote nach einer Patrouillenfahrt vor der flandrischen Küste auf eine überlegene Zahl feindlicher Zerstörer, die unter Feuer genommen wurden. Im Verlaufe des Gefechtes wurde auf einem der Zerstörer eine starke Detonation beobachtet. Unsere Boote erlitten keine Beschädigungen oder Verluste.

2. Neue Unterseeboot-Erfolge im Aermelkanal und Atlantischen Ozean: vier Dampfer, acht Segler, ein Fischerfahrzeug, darunter der bewaffnete englische Dampfer „Zeta" mit 1300 To. Kohlen, der bewaffnete französische Dampfer „St. Jaques" mit 4000 To. Kohlen, ferner die englischen Segler „Ezel", „Laura", „Moß Rose", „Mary", „Mary Orr", „Water Lily", „Jane Williamson" und „Williams", sowie das englische Fischerfahrzeug „Rose Croß". Von den versenkten acht englischen Seglern hatten zwei Tonerde, die übrigen Kohlen geladen.

(W. T. B.) Der Chef des Admiralstabes der Marine.

*

Deutscher Vorstoß gegen den Finnischen Meerbusen.

b. **Stockholm**, 29. Sept. (Eig. Drahtmeld.) „Nowoje Wremja" meldet, daß angeblich deutsche Patrouillen-Fahrzeuge den Versuch machten, in den finnischen Meerbusen einzudringen. Sie seien hierbei auf russische und englische Tauchboote gestoßen, wobei es augenblicklich zu einem kurzen, aber heftigen Kampfe gekommen sei. Wie aus dem Bericht hervorgeht, mußten die englischen und russischen Tauchboote schleunigst die Flucht ergreifen. Nach demselben Blatte versuchten die Deutschen, die Blockierung des finnischen Meerbusens durchzuführen, um die russische Ostseeflotte restlos der Vereisung preiszugeben.

Oesterreichisch-ungarischer Kriegsbericht.

Wien, 29. Sept. Amtlich wird verlautbart:

Oestlicher Kriegsschauplatz und Albanien.

Unverändert.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Am Nordhange des Monte San Gabriele lebte die Kampftätigkeit beträchtlich auf. Am Chiese in Judicarien wurden angreifende Italiener durch unsere Sicherungstruppen zurückgeworfen.

(W. T. B.) Der Chef des Generalstabs.

Ereignisse zur See.

In Erwiderung eines Angriffes, den ein feindliches Luftschiff am 18. September abends gegen Lussin-Piccolo unternommen hatte, ohne auch nur den geringsten Schaden anzurichten, suchte am 27. September abends eine Abteilung unserer Seeflugzeuge die Luftschiffanlagen von Jesi bei Ancona auf, die schon im September 1916 mit einem in der Halle vertäuten Luftschiff durch unsere Seeflieger zerstört, vom Gegner aber wieder in Betrieb gesetzt worden waren. Auch diesmal war unseren Seefliegern ein voller Erfolg beschieden. Die Luftschiffhalle wurde getroffen. Das in der Halle befindliche Luftschiff explodierte mit 150 Meter hoher Stichflamme. Die Explosion wurde von den anderen Flugzeugen bis auf 20 Seemeilen Entfernung wahrgenommen. Alle unsere Flugzeuge sind wohlbehalten zurückgekehrt.

Einem zu gleicher Zeit von einigen feindlichen Flugzeugen unternommenen Angriffe auf die Umgebung von Pola und auf Parenzo blieb jeder Erfolg versagt. Am 28. September vormittags belegten feindliche Flugzeuge in der Süd-Adria eins unserer Seespitalschiffe, das mit allen vorgeschriebenen Kennzeichen als solches versehen war, wirkungslos mit Bomben.

(W. T. B.) Flottenkommando.

Die konstitutionelle Monarchie als Hort eines gesunden Fortschritts.

Zur Rede des Herrn Ministers des Innern in der Ersten Kammer.

Es ist eine ungemein bedeutungsvolle und tiefgründige Rede, die der Staatsminister Graf Vitzthum v. Eckstädt in der Ersten Kammer gelegentlich der Beratung über den Antrag Castan betr. die freie und volkstümliche Neuordnung im Reiche gehalten hat. Sie ist von Anfang bis zu Ende von großen Gesichtspunkten getragen und stellt sich ihrem Wesen nach als ein mit seltenem Geschick und überzeugendster Begründung aufgebautes Bekenntnis zur konstitutionellen Monarchie und zum bundesstaatlichen Charakter des Reiches dar. Das bedeutet aber keineswegs, daß die sächsische Regierung, wie es von manchen Seiten in tendenziöser Weise dargestellt wird, eine grundsätzliche Gegnerin jeder Neuordnung ist. Im Gegenteil, der Herr Minister hat mit dem denkbar größten Nachdruck eine derartige Unterstellung zurückgewiesen und ausdrücklich erklärt, daß die sächsische Regierung durchaus bereit sei, dort, wo sich Mißstände und Unbilligkeiten zeigen, in loyaler Weise an ihrer Beseitigung mitzuarbeiten. Unter dem Eindruck dieser sehr bestimmten Willenskundgebung des Ministers hat sich denn auch die Erste Kammer bereit finden lassen, den Antrag ihrer Deputation, der eine glatte Ablehnung des Antrags Castan empfahl, in einer veränderten Form anzunehmen, die jede mögliche Mißdeutung darüber vermeidet, daß auch die Erste Kammer grundsätzlich keineswegs eine innere Neuordnung ablehnt, sondern nur dagegen Widerspruch erhebt, eine solche von Reichs wegen den einzelnen Bundesstaaten unter Mißachtung ihrer verfassungsmäßigen Selbständigkeit aufzuzwingen.

Sehr treffend und schlagend wies der Minister darauf hin, daß die Antragsteller hinter den äußerlich harmlosen Ausdrücken „freiheitlich und volkstümlich" die Absicht der Einführung des parlamentarischen Systems verbergen, das unweigerlich zur Herabdrückung und allmählichen gänzlichen Ausschaltung des Bundesrats führen muß und damit die verfassungsmäßigen bundesstaatlichen Grundlagen des Reiches umstößt. Wahrhaft dankenswert und mit höchstem Beifall zu begrüßen ist das klare, unzweideutige Wort des Ministers, daß die mit den Kriegsgesellschaften gemachten Erfahrungen nicht einladend sind, um auf dem Wege der Zentralisierung und der Schwächung der bundesstaatlichen Gewalt weiter fortzuschreiten. Wenn der Minister dann weiter hinzufügt, die Regierung habe die Notwendigkeit erkannt, an dem bundesstaatlichen Charakter des Reiches unbedingt festzuhalten und die eigenen Interessen, selbstverständlich im Rahmen der Interessen des Reiches, mit größerem Nachdruck als bisher zu vertreten, so muß eine solche unumwundene, entschiedene Stellungnahme von allen aufrichtigen Anhängern des bundesstaatlichen Prinzips geradezu als eine erlösende und befreiende Tat begrüßt werden. Es sind bekanntlich von verschiedenen Seiten, sowohl im Landtage, wie in der sächsischen Presse, wiederholt Klagen darüber laut geworden, daß die sächsischen Interessen im Bundesrate nicht mit der nötigen Schärfe wahrgenommen würden. Wenn wirklich in dieser Hinsicht in früherer Zeit etwas versäumt sein sollte, so wird unser sächsisches Volk künftig mit aller Zuversicht darauf rechnen dürfen, daß sich keine weiteren Anlässe zu ähnlichen Beschwerden ergeben. Auch die innerpolitische Neuordnung, soweit sie sich in den Einzelstaaten in der Richtung der Herstellung eines größeren Vertrauensverhältnisses zwischen Regierung und Volksvertretung, insbesondere durch Erweiterung der parlamentarischen Kontrolle der letzteren, als wünschenswert oder notwendig erweist, darf keinesfalls über den Kopf der Einzelstaaten hin vom Reiche aus dekretiert oder auch nur durch moralischen Druck seitens des Reichstags und der Reichsregierung erzwungen werden. Die sorgfältige und gewissenhafte Wahrung des bundesstaatlichen Prinzips verlangt vielmehr gebieterisch, daß den Gliedern des Reiches auf diesem Gebiete die ihnen verfassungsmäßig zustehende völlige Entschließungsfreiheit ungeschmälert gewahrt bleibt. An Versuchen des Reichstags, sich immer wieder in diese rein innere Angelegenheit der Bundesstaaten einzumischen, fehlt es nicht, und dahin gehört es z. B. auch, wenn dieser Tage im Hauptausschuß des Reichstags die Anfrage gestellt wurde, wie weit die preußische Wahlreform gediehen. Der Ministerialdirektor Dr. Lewald wich einer Antwort aus durch die Erklärung, nicht informiert zu sein. Er stand dabei wohl unter der Empfindung, daß der Hauptausschuß mit einer solchen Anfrage, die ausschließlich in den preußischen Landtag gehört, seine Zuständigkeit überschritten habe. Noch besser wäre es aber, wenn in solchem Falle die Reichsregierung ohne Umschweife darauf hinwiese, daß sie nicht in der Lage sei, zu einem derartigen Eingriff in die Verhältnisse der Einzelstaaten die Hand zu bieten, daß sie vielmehr den Reichstag auf seine Unzuständigkeit nach dieser Richtung aufmerksam machen müsse. Die Bundesregierungen täten gut, im Bundesrat diesen Gegenstand einmal offen zur Sprache zu bringen und für gründliche Abhilfe zu sorgen, damit sich aus den fortwährenden Uebergriffen des Reichstags auf die einzelstaatliche Politik nicht eine Art von parlamentarischem Gewohnheitsrecht entwickelt.

In jeder Hinsicht vorzügliche, geradezu meisterhaft zu nennende Darlegungen gab der Minister über die im Staate wirkenden gegensätzlichen Kräfte des Beharrens und Fortschreitens, der Autorität und der Kritik, und über das Verhältnis zwischen Liberalismus und Demokratie, die beide nur solange, als sie sich in gemeinsamer Opposition gegen eine jeweilige Regierung befinden, Hand in Hand gehen können, dagegen sofort als feindliche Kräfte auseinander platzen müssen, sobald die eine Richtung die Oberhand gewinnt; denn der Liberalismus hat als Ideal die freie, starke Persönlichkeit, die nur gedeihen und sich entwickeln kann, wenn das demokratische, unpersönliche Ideal der allgemeinen Gleichheit nicht triumphiert. Alle diese gegeneinander wirkenden Triebkräfte bedürfen, wenn aus ihnen eine den Staatsgedanken stützende und fördernde Einheit hervorgehen soll, einer über ihnen stehenden, unparteiischen Macht, die den notwendigen Ausgleich herstellt, und diese Macht kann in einem wohlgeordneten Gemeinwesen nimmermehr das haltlose und schwankende, mit parteipolitischen Sonderinteressen durchsetzte parlamentarische System sein, sondern nur der konstitutionell-monarchische Staat mit seiner starken, nach allen Richtungen hin gerecht ausgleichenden Regierungsgewalt, in der allein eine sichere Bürgschaft für einen gesunden, weder überstürzten, noch über Gebühr verlangsamten Fortschritt gegeben ist. Die Erfahrungen des Weltkrieges haben das Ihrige getan, um jedem denkenden Politiker, der nicht rettungslos auf doktrinäre Formeln eingeschworen ist, klar zu machen, in welchem Maße das parlamentarische System bei unseren Feinden im Vergleich mit den Leistungen der deutschen konstitutionellen Monarchie versagt hat. Dieser Einsicht haben sich sogar vereinzelte sozialdemokratische Kreise nicht verschlossen, und es war wirksam, daß der Minister ein Zitat aus der sozialdemokratischen Zeitschrift „Die Glocke" anführte, worin ein Sozialdemokrat sich mit scharfen Worten gegen die „parlamentarische Advokatenwirtschaft" wendet und über das parlamentarische System unerbittlich den Stab bricht. Der sozialdemokratische Verfasser des Artikels meint, die Sozialdemokratie müßte bei der Ablehnung des sogenannten parlamentarischen Systems ebenso einig sein, wie bei der Forderung einer volkstümlichen Regierungsweise, die dem Volkswillen entspricht und dem Volkswohl ehrlich dient, und kennzeichnet dann das parlamentarische System dahin, „daß in den parlamentarisch regierten Ländern der Staat vollständig und unwiederbringlich die Beute einer Kameraderie von einigen 600 Mann wurde, die ohne jede